

Volks-Zeitung

Der Kronrat über Fiume.

Neue Forderungen d'Annunzios. — Wachsende Anhängerzahl in der Kammer.

Besitz, 24. September. (Privat.)

Das weitere Verhalten der italienischen Regierung in der Sache von Fiume wird durch den heute stattfindenden Kronrat bestimmt werden. Nach der Generalabsicht des Kronrats ist die Teilnahme an dem Kronrat teilnehmend. Der sozialdemokratische Parteiführer Turati hat die Teilnahme abgelehnt, da die sozialdemokratische Partei die Verantwortung für die Beschlüsse der Regierung ablehnt. Die Abhaltung des Kronrates hat ungeheures Aufsehen erregt, da man nicht einmal bei der Kriegserklärung Italiens es für nötig gehalten hatte, einen Kronrat einzuberufen.

Die Regierung einen solchen Beschluß fikt. würde das Kommando d'Annunzio auch diese Orte verlassen lassen. In der Stadt kommen neue Demonstrationen an. Die gesamte Brigade Fiume ist zu d'Annunzio übergegangen. In Fiume ist ein Dampftraktor und Lebensmittel im Wert von über einer Million eingetroffen. Er wurde auf Befehl d'Annunzios mit dem größten Teil der Ladung wieder verladen, da die Stadt reichlich mit Lebensmitteln versorgt ist.

Bern, 23. September. (S. L. S.)

d'Annunzio beantragt in einer Rede, die er am Nationalkongress gehalten hat, außer der Stadt Fiume und deren Umgebung auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Forderung ist unannehmbar.

Seriäles, 23. September.

Das schweizerische Pressebureau teilt mit, daß die Nachricht betreffend die fiktive Besetzung des Reichs und Italiens hätte sich über die Frage von Fiume und das abstrakte Problem im allgemeinen geäußert, nicht den Tatsachen entsprechen würde.

Aus Genf wird der 'Dona' gemeldet, daß sich in der Kammer eine ganz neue Lösungsmöglichkeit vorbereite. Die Forderung des fiktiven Besatzes seien bereits für 125 Millionen Franken abgelehnt und es werde beschloffen, das Parlament zusammen mit der französischen Regierung zu konsultieren. In der Kammer wird für die Forderung seiner Forderung ein Antrag eingebracht. Wie verlautet, soll die Wiederberufung des italienischen Kronrates für Donnerstag früh mit dieser Absicht freigegeben, das im Einvernehmen mit England und Amerika handelt, im Zusammenhang stehen.

Deutschland und der Wiederaufbau.

Beschäftigungsstellen im Zerstückungsgebiet.

Berlin, 23. September.

Gestern haben die Beschäftigungsstellen für den deutschen Wiederaufbau für den Zerstückungsgebiet des zerstörten Gebietes begonnen. Zunächst findet eine dreitägige Reise nach den Bergwerksbezirken statt. In den nächsten Tagen werden sich die Beschäftigungsstellen für die Wiederaufbauarbeiten ausdehnen, und zwar je eine in die Gegend von Biele, Bernau, Solingen und Verdun.

Völkerbund und Friedensvertrag.

Der Kampf um die Ratifizierung in Amerika.

New-York, 24. September.

Die 'World' enthält einen aufsehenerregenden Artikel, in dem sie erklärt, sie würde den Friedensvertrag entschieden unterstützen, wenn nicht der Völkerbund alle Fehler des Friedensvertrages beseitigen könnte.

Die englischen Sozialisten gegen Lloyd George.

London, 24. September. (S. L.)

Nach Meldungen aus London rückt die englische sozialistische Partei eine Note an die Presse, in der die Beschlüsse demontiert werden, denen zufolge Lloyd George der Partei vertrieben worden sei. Die Note enthält die Beschlüsse der Parteiverammlung, in der sich der Parteivorstand befindet, der die Partei gefordert hat, nachdem die letzten Wahlen den Beweis für den abnehmenden Einfluß dieser Partei erbracht haben. Darin muß man ein Zeichen lebhaften Mißfallens des Arbeiterpartei gegen Lloyd George erblicken.

ArbeitslosenDemonstrationen in Loz.

Kämpfe mit bewaffneter Polizei.

Genève, 23. September.

Der 'Revolte' meldet, daß in der letzten Nacht in Loz eine ArbeitslosenDemonstration stattgefunden hat. Die Teilnehmer der Demonstrationen war sehr erregt. Die Streikenden wurden angehalten, die Beschlüsse zum Stillstand gekommen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Sie lösch in die Luft. Die Demonstration endete, wurden die Sicherheitsmaßnahmen von 2000 angegriffen. Ein Polizeikommandant und mehrere Beamte wurden verletzt, und eine Anzahl leicht verletzt. Der Kampf, in dessen Verlauf mehrere Polizisten und Zivilisten zum Teil schwer verletzt wurden. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet, der größte Teil aber wieder freigelassen.

Die Verhältnisse in den polnischen Großstädten sind katastrophal geworden. Es gibt Hunderttausende von Arbeitslosen, die Lebensmittellieferung ist gänzlich ungenügend, dazu kommt die politische Entrechtung der Arbeiter. Auf diesem Boden findet der Kommunismus viele Anhänger.

Die Kohlennot in Wien.

Wien, 24. September.

Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, sind die Kohlenlieferungen nach Wien immer noch unzureichend, daß frühstens am kommenden Sonntag mit der Wiederaufnahme des Straßenverkehrs gerechnet werden kann. Die Entlohnung

gelang soll vielmehr in erster Linie auf Grund von Besondere heiligeren Maßnahmen erfolgen.

Die Gefangenengeheimkehr bedroht.

Der Hamburger Seemannsstreik.

Hamburg, 24. September.

Die Abfertigung der deutschen Dampfer, die nach England fahren sollen, um die deutschen Arbeitergefangenen heimzubefördern, wird durch die Streiklage in Frage gestellt. Die Kommandeure des Dampfers 'Blanca' erklärte gestern, daß den Streikschiffen an die Küste zu müssen. Gestern abend wurden zwei Schiffe in Hamburg abgefertigt. Die Kommandeure des Vereins Hamburger Seemanns wurde morgens mit einer Bude der Reichswehr belegt.

Manu die Gefangenen erfahren würden, welche Umstände auf neue ihre Heimbeiförderung bedrohen, dann wären die Seeleute einer einhelligen Verurteilung fähig. Gleichwohl, welcher Art ihre Streikmatinee auch immer sein mögen. Wenn die Ausführenden schon aus menschlichen Gründen nicht dazu bereit sind, die Gefangenenschiffe zu fahren, um den Briten in England die langwierige Befreiung zu verschaffen, dann sollen sie wenigstens so viel politische Klugheit besitzen, um den rechtlichen und finanziellen Reizen nicht ein Werbemittel von ungeheurer Kraft in die Hände zu geben.

Die Reichs-Parlamentarischen Nachrichten werden folgenden Ausbruch:

Der Streik der Hafenarbeiter im Bremen ist nahezu allgemein geworden. Zwar hat der Transportarbeiterverband die Beteiligung am Streik abgelehnt, doch werden seine Mitglieder an der Arbeit verhindert. Auch die Fischkammerbeschäftigten streiken. Der Verkehr im Hafen muß fast völlig unterbrochen sein. Im Gange heute vorzeitig ist eine große Demonstration der Streikenden auf dem Rathausmarkt zu erwarten.

Wie aus Stettin gemeldet wird, ist dort heute morgen der Streik der Seeleute ausgebrochen.

Ein „Hausministerium“ für den Reichspräsidenten.

für den Reichspräsidenten.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung sollte heute nach Berücksichtigung des Haushalts des Reichspräsidentenministeriums mit der Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten begonnen werden. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Bachmeier teilte mit, daß wohl zur allgemeinen Ueberraschung ein Antrag eingebracht sei, der die ursprünglich vereinbarten Grundlagen vollständig umstößt. Für den Reichspräsidenten wird ein Gehalt von 120 000 Mark vorgeschlagen, außerdem werden 200 000 Mark Aufwandsgehalt angefordert. Daneben soll der Reichspräsident Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Gerätausstattung erhalten. Am meisten aber hat überrascht, daß der Vorschlag ein ganzes Bureau für den Reichspräsidenten enthält, das sich aus einem Hauptsekretär, drei Vortragenden Räten, einem händigen Hilfsarbeiter und zahlreichen Interpersonal zusammensetzen soll. In dem Ausschuß herrschte einstimmig darüber, daß zu diesen neuen Forderungen erst die präzisere Stellung nehmen müssen. Es wurde daher beschlossen, morgen nur die Begründung des Reichspräsidenten über diese neue Forderungen zu hören, dann aber die weitere Beratung auszusetzen.

Das Bureau würde eine Art Stabschef oder Hausministerium darstellen, aus dem sich sehr leicht eine Regierung entwickeln könnte.

Konflikt wegen der Umsatzsteuer?

Abbruch der Ausfuhrverhandlungen.

Der 12. Ausschuß der Nationalversammlung hat heute seine Beratungen über die Umsatzsteuer.

Ein Vertreter der Sozialisten beantragte Verlegung bis zur Erledigung der direkten Steuern; das Volk könnte mit der Umsatzsteuer verbundenen Schaden nicht tragen. Ein Vertreter der demokratischen Partei äußerte sich zu diesen Entwürfen, daß wenn die sozialdemokratische Partei ihren Antrag aufrechtsetze, die deutsch-demokratische Partei es nicht als ihre Aufgabe ansehen könne, einen solchen Antrag einer Regierungspartei zu folgen. Das wäre eine parteiunabhängige und mögliche Situation. Die Regierung soll die Verlegung des Umsatzsteuergesetzes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen auszusprechen.

Der Vertreter der Reichssozialisten hielt demgegenüber seinen Antrag aufrecht. Geheimer Regierungsrat Poppe führte aus, daß das Gesetz am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten müsse. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei stellte Verlegung vor, bis der Reichspräsidentenminister sich mit den Reichssozialisten verständigt hätte.

Nach längerer Debatte regte ein Vertreter der Reichssozialisten an, die Sitzung abzubrechen, damit die mehrheitlich gestrichelte Forderung die Angelegenheit beraten könne. Dem wurde zugestimmt, nachdem noch dem Bedauern über die Verlegung von einem Vertreter der demokratischen Partei Ausdruck gegeben war. Die nächste Sitzung soll am Freitag stattfinden.

über die künftige Kostenverteilung Wien wird heute in Prag bei der Konferenz mit der tschechischen Regierung sein.

Recht!

Heute morgen gab mir die Zutritt der Demokraten aus Prag wieder, die von der Abfertigung des Oberleutnants Janin berichtet. Jetzt meldet Wolffs Bureau:

In der Presse ist in den letzten Tagen mehrfach von der Verlegung des Reichspräsidenten Ministerium berichtet worden. Die Verlegung als eine Art politische Strafverurteilung bezeichnet worden. Wie aus den ausländischen Seiten mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident durch entsprechende Anordnung diese Verlegung durchzuführen gemacht.

Es energisch sollte über durchgegriffen werden. Dann würde die Zahl der Kurstischen bald kleiner werden.

Die Ostdeutschen einig.

Bromberg, 23. September.

Nach mehrstündigen Verhandlungen ist heute in Bromberg die Einigung des Reichspräsidenten in den dem Friedensvertrag zufolge an Polen fallenden Gebieten abschließend vollzogen worden. Als die höchste Spitze des Reichspräsidenten im Reichspräsidentenministerium ist die deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Düsseldorf, mit dem deutsch-demokratischen Abgeordneten, Reichspräsidenten Minister, Grotzowsky, als Vorsitzenden, gebildet worden.

Vereitelte Bürgerwahlen.

Reudburg, 23. September. (Privat.)

Die Bürgerwahlen, die heute hier stattfinden sollten, wurden von radikalen Elementen vereitelt. Man drang in die Wahllokale ein und benutzte sich mit Gewalt der Urnen und Wahlzettel. Die Wahl wird wiederholt, eventuell unter dem Schutz der Reichswehr.

Politische Nachrichten.

Die preussische Staatsregierung hat den Arbeiterführer Gustav Zieger in Wagberg zum Polizeipräsidenten in Wagberg ernannt.

Das Spieltheatergesetz hat den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes offen gelassen, den Reichspräsidenten war die Festlegung dieses Termins übertragen worden. Durch eine Bekanntmachung des Ministers ist jetzt bestimmt worden, daß das Gesetz am 1. November in Kraft treten soll.

Die Verhältnisse in Galle. Die A. P. S. schreiben: Die Meldungen aus Galle betreffen die Kommunistenverhältnisse sind fast übertrieben. Das Verhalten eines Revolutionärs, der sich nicht nur auf gewisse Andeutungen in kommunistischen Versammlungen hin beruft, sondern ein solches Verhalten ist darüber jedoch nicht zu ermitteln gewesen.

Ein Gedächtnisfest für Kaumann. Verteilung und Reichsstaatsrat für den deutschen demokratischen Partei werden am Sonntag, den 4. Oktober, in Berlin ein Gedächtnisfest für Friedrich Kaumann in der Staatsoper. Unter den Rednern sind zum Beispiel auch die A. P. S. Die Gedächtnisrede wird Abg. Senator Dr. Karl Petersen halten. Die Feier wird eingeleitet und geschlossen durch Vorträge des Erzherrers der Oper.

Die Reform der Provinzialpolizei. Wie man uns schreibt, steht eine Reform der Provinzialpolizei bevor. Das ganze Gebiet des Reichspräsidenten umfasst, wird dem Reichspräsidentenministerium zugehen, in Verbindung mit dem Ministerium des Innern. Bei den Neuerungen sollen nicht die polizeilichen Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Re-